



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten .....	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen .....	6
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften .....	6
	Außenpolitik .....	8
4.	Türkische Zyprioten .....	9
	Wirtschaftliche Entwicklung.....	9
	Innenpolitische Entwicklungen .....	9
	Außenpolitik .....	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

## **FES NEWS**

- bitte besuchen Sie uns auf -

[www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

## 1. Das Zypernproblem

Der Juli begann mit dem Besuch des türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreters beim Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in Brüssel. In einer kurzen Mitteilung an die Presse betonte Schulz, dass das Europäische Parlament „alle Möglichkeiten“ nutzen werde, um zu einer erfolgreichen Lösung der Zypernfrage beizutragen, während Akinci die Absicht wiederholte, dass die türkischen Zyprioten „ein wesentlicher Bestandteil“ Europas sein sollten. In seiner Beurteilung des Treffens forderte Akinci eine Vertiefung der Beziehungen mit allen EU-Institutionen, um die türkischen Zyprioten auf die Situation nach der Lösung der Zypernfrage vorzubereiten. Des Weiteren betonte Akinci, dass die Bestimmungen der Lösung der Zypernfrage als Teil des EU-Primärrechts anerkannt werden müsse, um zukünftige Streitfälle vor den EU-Gerichten zu vermeiden.

Während seines Aufenthalts in Brüssel nahm Akinci an einem Frühstück mit Vertretern verschiedener internationaler Presseagenturen und Magazine wie Reuters, Wall Street Journal und dem Economist teil. Während des Treffens mit den Journalisten betonte Akinci, dass eine Lösung die Interessen sowohl der türkischen wie auch der griechischen Zyprioten berücksichtigen müsse. Sollten die Verhandlungen in dem derzeitigen Tempo vorangehen, dann sei die Lösung der Zypernfrage „nur eine Frage von Monaten“.

Am 8. Juli nahmen Präsident Nicos Anastasiades und Mustafa Akinci an einer von den griechisch-

und türkisch-zypriotischen Handelskammern gemeinsam organisierten Veranstaltung teil. Die beiden Politiker stellten vor einer Gruppe von Unternehmern und Diplomaten ihre gemeinsame Vision für ein Zypern nach einer erfolgreichen Lösung vor und betonten dabei, dass die finanziellen Kosten zur Erhaltung des derzeitigen Status-quo höher seien als die kurzfristigen Kosten einer Lösung. In diesem Zusammenhang hoben Anastasiades und Akinci die zukünftigen Vorteile einer Wiedervereinigung hervor.

Nach der Wiederaufnahme substantieller Verhandlungen über die Kernfragen des Zypernproblems im Juni diskutierten Akinci und Anastasiades auf ihrem fünften gemeinsamen Treffen am 10. Juli EU-Angelegenheiten, vertrauensbildende Maßnahmen und Wirtschaftsfragen.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, traf am 15. Juli zu einem zweitägigen Besuch in Zypern ein. Juncker nahm an bilateralen Gesprächen mit Anastasiades und Akinci sowie an einem Arbeitsessen mit beiden Politikern im Home for Cooperation in der Pufferzone teil. In Anwesenheit von Juncker einigten sich die beiden Volksgruppenvertreter darauf, den seit langem bestehenden Halloumi/Hellim-Streit zu beenden. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Halloumi/Hellim-Produktion auf der gesamten Insel durch die internationale Zertifizierungsstelle Bureau Veritas kontrolliert wird und türkisch-zypriotischen Herstellern der Vertrieb ihres Käses durch die Republik Zypern ermöglicht wird. Des Weiteren will die Europäische Kommission einen Vorschlag unterstützen, wonach die Regulierungen

des Vertriebes von Hellim über die Grüne Linie modifiziert und gelockert werden sollen. Des Weiteren wird die Europäische Kommission im EU-Amtsblatt Zyperns den Antrag veröffentlichen, Halloumi/Hellim als ein Produkt mit geschützter Ursprungsbezeichnung (PDO) zu registrieren. In einem weiteren Schritt ernannte Juncker Pieter Van Nuffel erneut als seinen persönlichen Repräsentanten für Zypern. Nuffel hatte diesen Posten bereits 2012 inne. Die Ernennung Van Nuffels signalisiert eine aktivere Rolle der EU im Wiedervereinigungsprozess. Van Nuffel soll als Bindeglied zwischen den Guten Diensten der UN und der Europäischen Kommission fungieren. Außerdem soll er die beteiligten Parteien mit technischer und juristischer Expertise unterstützen um eine mit EU-Regeln und Werten übereinstimmende Lösung auszuarbeiten. Juncker traf auch den UN-Sondergesandten Espen Barth Eide und sprach vor dem griechisch-zypriotischen Parlament.

Am 15. Juli jährte sich zum 41. Mal der von griechischen Militärjunta inszenierte Putsch gegen Erzbischof Makarios, der letztendlich zu dem Einmarsch türkischer Truppen am 20. Juli 1974 führte. In einer schriftlichen Stellungnahme rief Anastasiades alle Zyprioten dazu auf, den internen Disput hinter sich zu lassen und nach vorne zu schauen. Dies solle im Einvernehmen und mit Respekt vor der Geschichte geschehen.

Am 17. Juli kam der britische Außenminister Philip Hammond für einen eintägigen Besuch nach Zypern. Bezüglich der Rolle Großbritanniens nach der Lösung der Zypernfrage und des Status Großbritanniens als Garantmacht,

sagte Hammond, dass sein Land keine besondere Rolle beanspruche, es sei denn es werde darum gebeten. Im Hinblick auf die britischen Militärbasen betonte Hammond, dass Großbritannien im Rahmen einer Lösung dazu bereit sei, einen beträchtlichen Teil des Territoriums seiner sich an Land befindenden Stützpunkte abzutreten.

Der türkische Präsident Erdogan nahm an den Feierlichkeiten zum Gedenken des 20. Juli im Norden teil. Der Einmarsch der türkischen Truppen wird auf türkischer Seite als „Friedensmission“ bezeichnet. Hinsichtlich der derzeitigen Friedensgespräche sprach Erdogan von einer Chance, die nicht vertan werden sollte und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die beiden Seiten ein gerechtes Ergebnis und politische Gleichstellung erzielen werden. Akinci jedoch bezeichnete die türkische Invasion als einen „Krieg“ und nicht als eine „Friedensoperation“ und stellte damit die türkische Sicht in Frage. In diesem Zusammenhang sagte Akinci, dass „es keinen Zweifel darüber gibt, dass das, was wir eine Friedensoperation nennen, auch als Krieg bezeichnet werden kann. Die Bedingungen in diesem Krieg waren schwierig. Nach den Leiden, welche die türkischen Zyprioten in den 1950er und -60er Jahren erfahren mussten, waren die griechischen Zyprioten die größten Leidtragenden der Tragödie von 1974, welche durch die griechische Junta verursacht worden war.“ Laut der *Cyprus Mail*, habe sich ein türkisch-zypriotischer Politiker erstmalig mit dem Begriff „Krieg“ auf die Invasion im Jahr 1974 bezogen und deren Auswirkungen auf die griechisch-zypriotische Bevölkerung anerkannt.

Die Themen Eigentum und Territorium wurden während des sechsten Treffens der beiden Volksgruppenvertreter am 27. Juli besprochen. Akinci und Anastasiades waren sich darüber einig, dass das Recht auf Eigentum eines jeden Einzelnen anerkannt werden müsse und dass den enteigneten Eigentümern und derzeitigen Nutzern verschiedene Alternativen geboten werden müssten wie Kompensation, Tausch oder Rückgabe. Des Weiteren vereinbarten die beiden Politiker die Gründung einer unabhängigen Kommission für Eigentumsansprüche, bestehend aus einer gleichen Zahl türkisch- und griechisch-zypriotischer Mitglieder, welche sich mit Eigentumsansprüchen anhand beidseitig anerkannter Kriterien befassen soll. Das nächste Treffen der beiden Volksgruppenvertreter wurde nach der Sommerpause im August für den 1. September angesetzt. Derweil werden sich die beiden Verhandlungsführer Ozdil Nami und Andreas Mavroyiannis weiterhin bis zum 7. August treffen.

Die mittelalterliche Othello-Befestigungsanlage in Famagusta wurde nach umfangreichen Restaurationsarbeiten wieder für Besucher geöffnet. Die Arbeiten waren von der EU und der UN finanziert worden. Ein bikommunales Theaterensemble führte zu diesem Anlass Shakespeare's *Othello* auf. Später im Juli nahmen Anastasiades und Akinci an einem bikommunalen Konzert in der Othello-Befestigungsanlage teil. Das Konzert trug den Titel „Musik im Mondschein“ und wurde von der bikommunalen Gruppe „Kyprogeneia“ aufgeführt. Anastasiades Teilnahme an dem Konzert im Norden wurde vom Parlamentspräsidenten

Omirou sowie von der Bürgerallianz und den Grünen kritisiert.

Der Verband türkisch-zypriotischer Geschäftsleute (Cyprus Turkish Businessmen Association – ISAD) und der Verband der zypriotischen Arbeitgeber und Industriellen (Cyprus Employers and Industrialists Federation – OEB) unterzeichneten ein gemeinsames Protokoll zur Gründung des zypriotischen Handelsforums (Cyprus Trade Forum), um die derzeitigen Bemühungen bei der Lösung der Zypernfrage zu unterstützen. Ziel des Forums ist es, Geschäftsleute und Unternehmer beider Seiten auf eine Zusammenarbeit vorzubereiten, Seminare und Konferenzen zu organisieren und andere Schritte zu unterstützen, um die beiden Bevölkerungsgruppen einander näher bringen.

Am 29. Juli besuchte eine Abordnung der DISY die CTP-BG. In einer Pressekonferenz erklärte der Vorsitzende der CTP-BG, Talat, dass die beiden größten Parteien ihr Engagement bei der Lösung der Zypernfrage betont hätten. Der Vorsitzende der DISY, Averof Neofytou, sagte, dass die beiden Parteien die Gelegenheit genutzt hätten, schwierige und heikle Aspekte des Zypernproblems anzusprechen. Abschließend betonte Neofytou, dass die beiden Parteien gemeinsam Schwierigkeiten, Bedrohungen und Bedenken in Chancen und Hoffnung umwandeln wollten.

Am 29. Juli erneuerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der UNFICYP für weitere sechs Monate bis zum 31. Januar 2016.

## 2. Gasvorkommen

Bei einem Treffen zwischen Präsident Anastasiades und dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu am 28. Juli standen Energiefragen im Zentrum der Gespräche. Die beiden Politiker verständigten sich darauf, die Zusammenarbeit im Energiebereich auf die Nutzung von Pipelines und Stromnetzen auszuweiten, um die europäischen Märkte zu erreichen. Außerdem standen Sicherheitsfragen, die Zusammenarbeit zwischen Griechenland, Zypern und Israel sowie die Beziehungen der EU zu Israel auf der Tagesordnung.

## 3. Griechische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Eine Delegation der Troika<sup>1</sup> war vom 14. bis zum 24. Juli in Zypern, um die siebte Überprüfung des zypriotischen Anpassungsprogrammes durchzuführen. Die Troika kam zu dem Ergebnis, dass Zypern im Allgemeinen gute Fortschritte gemacht habe, aber, um die Auszahlung der nächsten Hilfstranche in Höhe von 500 Millionen zu veranlassen, weitere Verbesserungen in jenen Bereichen erwartet würden, welche im Zusammenhang mit der Ausstellung von Eigentumstiteln und Kreditverkäufen stünden. Das Parlament hat die entsprechenden Gesetzesentwürfe, welche erst am 3. Septem-

---

<sup>1</sup> Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF).

ber vor dem Plenum diskutiert werden sollen, noch nicht verabschiedet. Im Rahmen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms ist der extrem hohe Umfang fauler Kredite bei den hiesigen Banken hat nach wie vor das größte Problem. Drei weitere, ebenfalls äußerst kritische Punkte innerhalb der derzeitigen Phase des Anpassungsprogramms sind die Reformen des öffentlichen Dienstes und der Umfang der zukünftigen Gehaltserhöhungen, Privatisierungen insbesondere des Telekommunikationsunternehmens CyTA und der Häfen sowie die wirtschaftliche Autonomie der staatlichen Krankenhäuser.

Laut Wirtschaftsminister Harris Georgiades wurden die Wachstumsprognosen für 2015 von einem ursprünglich erwarteten Rückgang von 0,5% auf einen Zuwachs von 0,5% nach oben korrigiert.

Die Shakolas Unternehmensgruppe schloss mit der Attenbury Cyprus Limited, die Teil der südafrikanischen Attenbury Unternehmensgruppe ist, den Verkauf des *Shakolas Emporium Parks* und des Einkaufszentrums *Mall of Engomi* ab. 60 Millionen der bei dem Verkauf erzielten 194 Millionen Euro sollen zur Verringerung ausstehender Darlehen, die sich insgesamt auf 378 Millionen Euro belaufen, verwendet werden.

Laut den Angaben der zypriotischen Zentralbank fielen im Vergleich zum Mai die Einlagen bei zypriotischen Banken im Juni um 398,3 Millionen Euro. Insgesamt standen die Bank-einlagen bei 45,8 Milliarden Euro. Zudem haben die Banken in dem Zeitraum von Januar 2014 bis März 2015 faule Kredite in einem Umfang

von 4,9 Milliarden Euro umstrukturiert, was im März 2015 19,2% aller faulen Kredite in Höhe von insgesamt 26,5 Milliarden Euro entspricht. Den letzten Zahlen der zypriotischen Zentralbank zufolge fiel der Anteil aller faulen Kredite von 46,82% im April auf unter 45,85% im Mai, was einem Rückgang um 817,2 Millionen Euro entspricht.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Der ehemalige Parteivorsitzende der DIKO, Marios Garoyian, griff den derzeitigen Vorsitzenden, Nicholas Papadopoulos, in einem Gastkommentar in örtlichen Presse scharf an und warf ihm eine extremistische Haltung in der Zypernfrage vor. Papadopoulos hatte zuvor gesagt, dass die Positionen der DIKO hinsichtlich der Wirtschaftsreformen und im Umgang mit dem Zypernproblem voneinander unabhängige Themen seien und hatte vor den Risiken eines möglichen Zerfalls der Republik Zypern als Ergebnis einer schlechten Lösung gewarnt. Daraufhin bildeten sich innerhalb der Partei zwei Lager, wobei das moderate Lager unter der Führung von Garoyian die traditionellen Hardliner um Papadopoulos herausfordert.

Am 24. Juli wurde Giorgos Pamborides zum neuen Gesundheitsminister ernannt, nachdem sein Vorgänger Philippos Patsalis zuvor aus persönlichen Gründen zurückgetreten war.

Der Leiter des zypriotischen Verfassungsschutzes KYP, Andreas Pentaras, trat von seinem Amt zurück, nachdem bekannt geworden war, dass der Verfassungsschutz 2013 ein Telefon- und Internetüberwachungsprogramm mit der Zu-

stimmung des Kabinetts erworben hatte. Die Oppositionsparteien protestierten gegen die Nutzung der Überwachungssoftware, die auch für die Inlandsüberwachung eingesetzt werden kann, während die Regierung behauptet, beim Kauf der Software keine Informationen diesbezüglich gehabt zu haben. Es wird vermutet, dass Pentaras den Präsidenten, der ihn persönlich ins Amt berufen hatte, durch seinen Rücktritt schützen möchte.

### **Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften**

Laut den neuesten Angaben von Eurostat nahm die offizielle Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal 2015 zu und liegt derzeit bei 17,7%, d.h. 77.142 Menschen sind derzeit ohne Arbeit. Dabei liegt die Zahl der arbeitslosen Männer ein wenig höher als die der Frauen während die Jugendarbeitslosigkeit bei 37,1% liegt. Alarmierend ist die Tatsache, dass sich der Stand bei den Langzeitarbeitslosen und den arbeitslosen jungen Menschen auf einem hohen Niveau eingesperrt zu haben scheint. 48% der derzeitigen Arbeitslosen waren seit mehr als sechs Monaten ohne Arbeit. 83% der als arbeitslos Gemeldeten sind Zyprioten, der Rest sind mehrheitlich in Zypern lebende Griechen. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren geht mit einer zunehmenden Armut und Armutsgefährdung einher. In einer Stellungnahme kommentierte die der EDEK nahe stehende Gewerkschaft DEOK, dass die von Eurostat veröffentlichten Zahlen jenen von der Regierung veröffentlichten Angaben widersprechen und die Wirtschaft sich keineswegs auf dem Wege der Besserung befinde.

Die Regierung und die Gewerkschaft PASYDY einigten sich bezüglich der Umstrukturierung des öffentlichen Sektors auf ein neues System bei den Neueinstellungen und Beförderungen sowie auf neue Kriterien bei der Leistungsbewertung und die Mobilität von Arbeitnehmern im öffentlichen Sektor. So sollen Prüfungen bei der Beförderung innerhalb des öffentlichen Dienstes eingeführt, das Bewertungssystem reformiert und der Transfer von Angestellten zwischen verschiedenen Ministerien vereinfacht werden. Das neue System soll in etwa einem Jahr eingeführt werden. Hinsichtlich der Besoldung wurde jedoch noch keine Einigung erzielt, obwohl die Diskussion darüber schon seit einiger Zeit im Gange ist.

Die Vorschläge der Regierung bezüglich der Gehälter im öffentlichen Dienst, welche bis zum Ablauf des Memorandums Ende 2016 umgesetzt werden müssen, wurden von den Gewerkschaften kritisch aufgenommen, da dies bedeuten würde, dass die bestehenden Gehaltskürzungen dauerhaft seien und alle zukünftigen Gehaltserhöhungen (einschließlich der jährlichen Anpassung der Gehälter an die Preisentwicklung sowie allgemeine Gehaltserhöhungen) unterhalb der BIP-Wachstumsrate blieben. Dies entspricht der Linie des Arbeitgeberverbandes OEB, wonach sich die Wirtschaft im Aufschwung befindet und die staatlichen Gehaltszahlungen „kontrolliert“ werden müssten. Auf einem Treffen aller Gewerkschaften am 28. Juli wurden die Vorschläge abgelehnt während die Gewerkschaft PEO betonte, dass diese Vorschläge über die inhaltlichen Vereinbarungen hinaus die Tarifautonomie und Tarifvereinbarungen schwächen und auch in den privaten Sektor

übergreifen würden. Der Vorsitzende der PEO sagte, dass ein automatischer Prozess, in dem Beschäftigungsaspekte wie Gehälter, Gehaltserhöhungen, Anpassungen an die Preisentwicklung und andere Vergünstigungen gesetzlich ohne Absprache mit den Arbeitnehmern geregelt würden, inakzeptabel sei. Es gibt jedoch auch Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaften eine Koppelung der Gehaltserhöhungen an die BIP-Wachstumsrate akzeptieren könnten, wenn sie bei möglichen Änderungen im Rahmen eines Überwachungsgremiums bei den Konsultationen teilnehmen würden. Die endgültige Vereinbarung soll, sofern die Gewerkschaften zustimmen, Ende September geschlossen werden.

Der für Mitte Juli geplante Streik der Hafendarbeiter fand nicht statt. Die Gewerkschaften haben stattdessen Gespräche über freiwillige Vorruhestands- und Austrittsregelungen aufgenommen.

Nach einem Gerichtsurteil musste die Regierung ca. 300 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, deren Zeitverträge über Jahre erneuert wurden, unbefristet einstellen.

Der OEB brachte zum wiederholten Mal eine Reduzierung des Mindestlohnes auf den Tisch, worauf die PEO darauf hinwies, dass in Zypern die größten Gehaltskürzungen innerhalb der EU vorgenommen worden seien und dass sich trotz allem die Wettbewerbsfähigkeit zypriotischer Unternehmen nicht verbessert habe, sondern stattdessen die Gewinne einiger großer Unternehmen zugenommen hätten. Außerdem beschuldigte PEO die Arbeitgeber, die Krise dazu zu nutzen, den Lebensstandard der Arbeit-



nehmer zu senken. Dies beträfe insbesondere derjenigen Arbeitnehmer, die nur den Mindestlohn erhielten und sich daher in einer besonders schwierigen Lage befänden. PEO forderte die Regierung dazu auf, die Überprüfung bei der Einhaltung der gesetzlichen Mindestlöhne zu intensivieren.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Obwohl die reguläre Arbeitszeit im öffentlichen und privaten Sektor zwischen 38 und 39 Wochenarbeitsstunden liegt, ist der Gehaltsunterschied erheblich. Dies hat historische, politische und gewerkschaftspolitische Gründe. Mit Ausnahme der Führungspositionen, wo die Bezahlung im privaten Sektor tendenziell höher ist, ist das Gehaltsniveau auf allen anderen Ebenen im öffentlichen Bereich deutlich höher als bei den entsprechenden Positionen im privaten Sektor. Der Unterschied ist noch frappierender bei älteren Arbeitnehmern, die viele Jahre im öffentlichen Dienst unter besseren Bedingungen gearbeitet und somit über Jahre hinweg höhere Gehälter und Pensionsansprüche akkumuliert haben. Arbeitnehmer im öffentlichen und halb-öffentlichen Sektor mussten in den letzten Jahren signifikante Gehaltseinbußen hinnehmen entweder, weil die Gehälter eingefroren wurden oder Sonderabgaben geleistet werden mussten. Dies geschah sowohl horizontal als auch in Form von abgestuften Gehaltskürzungen, die zwischen 10 bis 15% lagen (bei Neueinstellungen 20 bis 25%, da seit 2011 neu eingestellte Arbeitnehmer mit einem 10% niedrigeren Einstiegsgehalt und ohne besondere Pensionsansprüche im Vergleich zu ihren Vorgängern ihr Arbeitsleben beginnen). Zudem gilt der öffentliche Dienst als aufgebläht. Aufgrund dessen wurden seit 2011 keine Neueinstellungen mehr vorgenommen. Außerdem wurde 2012 mit der Troika eine Quote ausgehandelt, wonach für jeweils vier ausgeschiedene Angestellte des öffentlichen Dienstes eine neue Anstellung erfolgt. Als eine Folge der Wirtschaftskrise und der sich verschlechternden Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor, welcher als Vergleichsrahmen dient, sind aber die Gehälter im privaten Bereich in den letzten vier Jahren noch stärker zurückgegangen. Das führte dazu, dass das Lohngefälle zwischen öffentlichem und privatem Sektor im Kontext der bestehenden Krise noch größer wurde. Insgesamt

Im Hotelgewerbe haben die Komitees, welche die Einhaltung des Tarifabschlusses überprüfen sollen, ihre Arbeit aufgenommen. Zudem begrüßten die Gewerkschaften die Bereitschaft der Hoteliers, die gesetzlich garantierten Mitwirkungsrechte zu verhandeln. Die Gewerkschaften hoffen auf eine Einigung in dieser Frage zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften.

### Außenpolitik

Am 24. Juli kam die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, für einen eintägigen offiziellen Besuch nach Zypern. Nach dem Treffen mit Präsident Anastasiades betonte Mogherini die wichtige Rolle Zyperns als Teil der europäischen Außenpolitik in der Region des Nahen Ostens. Anastasiades und Mogherini besprachen die bestehenden Rahmenbedingungen in der Region vor dem Hintergrund des mit dem Iran geschlossenen Abkommens, die Beziehungen zu Ägypten und Israel sowie die regionalen Dimensionen des Friedensprozesses im Nahen Osten. Mogherini nahm auch an einem Treffen mit Mustafa Akinci teil.

---

wird davon ausgegangen, dass die Reallöhne 2013 im Vergleich zu 2011 um 22% gesunken sind.



## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklung

In einer schriftlichen Erklärung gab der Unterstaatssekretär der staatlichen Planungsstelle, Odul Muhtaroglu, die neueste Zahlungsbilanzstatistik für die türkisch-zypriotische Wirtschaft bekannt. Muhtaroglu betonte, dass das derzeitige Bilanzdefizit für 2014 von umgerechnet 11,7 Millionen US Dollar das niedrigste seit drei Jahren ist. 2012 lag das Defizit bei 125,1 Millionen US Dollar, während es sich 2013 auf 44,7 Millionen US-Dollar belief. Die von der staatlichen Planungsstelle bekannt gegebenen Zahlen errechnen sich wie folgt:

Exporte: 2012 – 122,4 Millionen US Dollar; 2013 – 120,7 Millionen US Dollar; 2014 – 134 Millionen US Dollar.

Importe: 2012 – 1.705,3 Millionen US Dollar; 2013 – 1.699,4 Millionen US Dollar; 2014 – 1.784,3 Millionen US Dollar.

Außenhandelsdefizit: 2012 – 1.582,9 Millionen US Dollar; 2013 – 1.578,7 Millionen US Dollar; 2014 – 1.650,3 Millionen US Dollar.

Nettoerträge aus dem Tourismus: 2012 – 571,9 Millionen US Dollar; 2013 – 613,4 Millionen US Dollar; 2014 – 679,4 Millionen US Dollar.

Nettoerträge aus dem Hochschulbereich: 2012 – 412,8 Millionen US Dollar; 2013 – 535,6 Millionen US Dollar; 2014 – 589,8 Millionen US Dollar.

Finanzhilfen aus der Türkei: 2012 – 219,3 Millionen US Dollar; 2013 – 225 Millionen US Dollar; 2014 – 227,1 Millionen US Dollar.

Finanzhilfen der EU und UN: 2012 – 34,5 Millionen US Dollar; 2013 – 41,1 Millionen US Dollar; 2014 – 39 Millionen US Dollar.

Weitere Informationen befinden sich auf [http://dpo.gov.ct.tr/Odemeler-Dengesi/EN/BP-2011-2014\\_en.pdf](http://dpo.gov.ct.tr/Odemeler-Dengesi/EN/BP-2011-2014_en.pdf).

Der scheidende Finanzminister Zeren Mungan wies darauf hin, dass die Staatsfinanzen in einem besseren Zustand seien als bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren. Obwohl er damals ein Defizit übernommen habe, verlasse er sein Amt mit einem Überschuss. Während er im Juni 2013 einen Staatshaushalt mit einem Defizit von 20 Millionen TL (Türkische Lira) übernommen habe, sei ein Jahr später, im Mai 2014, ein Überschuss von 5 Millionen TL erreicht worden, gefolgt von einem Überschuss von 2 Millionen TL im Juni 2015. Mungang fügte hinzu, dass das Finanzministerium für eine Wiedervereinigung der Insel bereit sei.

Laut des türkisch-zypriotischen Hotelverbandes lag die durchschnittliche Belegungsrate im Juni bei 53%. Dies seien 25% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum und 15% weniger als im Mai 2015.

### Innenpolitische Entwicklungen

Nach dem Wechsel in der Führung der Republican Turkish Party – United Forces (CTP-BG), reichte Premierminister Ozkan Yorgancioglu am 3. Juli seinen Rücktritt bei Präsident Mustafa Akinci ein. Dies führte zur Auflösung der Regierungskoalition von CTP – BG und der Democratic Party (DP – UG), die am 4. September 2013 zustande gekommen war.

Da der neue Vorsitzende der CTP – BG und ehemalige Präsident, Mehmet Ali Talat, kein Abgeordnetenmandat hat, kann er nicht Premierminister werden. Daraufhin beauftragte der Präsident auf Anfrage der CTP – BG den Abgeordneten für Kyrenia, Omer Kalyoncu, mit der Regierungsbildung. Nach mehreren Gesprächen mit Delegierten der im Parlament vertretenen Parteien, stimmte eine erweiterte Parteiversammlung der CTP – BG dafür, eine neue Regierungskoalition mit der National Unity Party (UBP) zu bilden. Die CTP – BG verfügt über 21 Parlamentssitze, während die UBP auf 18 Sitze kommt. Zusammen bilden die CTP – BG/UBG die erste Große Koalition in der Geschichte des türkisch-zypriotischen Parlaments. Talat zufolge werde sich eine Große Koalition positiv auf die Wirtschaft auswirken und sei im Hinblick auf die Zypernfrage wichtig.

Nach einem Vertrauensvotum im Parlament am 27. Juli mit 35 Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen hielt die CTP-UBP Koalition ihre erste Kabinettsitzung am 29. Juli ab. Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Premierminister – Omer Kalyoncu (CTP-BG)  
 Außenministerin – Emine Colak (CTP-BG)  
 Finanzminister – Hasan Basoglu (CTP-BG)  
 Gesundheitsminister – Salih Izbul (CTP-BG)  
 Minister für Nahrung, Landwirtschaft und Rohstoffe – Onder Sennaroglu (CTP-BG)  
 Minister für Innere Angelegenheiten und Arbeit – Aziz Gurpinar (CTP-BG)  
 Ministerin für Wirtschaft, Handel und Industrie – Sunat Atun (UBP)  
 Verkehrsminister – Tahsin Ertugruloglu (UBP)  
 Bildungsminister – Kemal Durust (UBP)

Minister für Tourismus – Faiz Sucuoglu (UBP)  
 Minister für Öffentliche Arbeiten und Umwelt – Kutlu Evren (UBP)

Derzeit hat die Democratic Party (DP), die nun mit acht Abgeordneten die stärkste Oppositionspartei stellt, den Entwurf ihrer „Neuen Politischen Vision“ vorgestellt, die aus vier Themenkomplexen besteht: „Das Demokratie-Paket“, „Das Wirtschaftspaket“, „Die Zypernfrage“ und „Beziehungen zur Türkei“. Da das Projekt wichtige Reformen beinhaltet, insbesondere bei den Steuern, werde die Partei nach Informationen ihres Vorsitzenden Denktasch ihre Beratungen mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen fortsetzen, bevor das endgültige Programm verabschiedet werde.

Der neue türkische Botschafter in Nikosia, Derya Kanbay, wurde am 28. Juli von Präsident<sup>3</sup> Akinci offiziell empfangen. Vor seiner Entsendung nach Nikosia war Kanbay Botschafter in Ljubljana und Bagdad.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Cyprus Turkish Electricity Authority, Ismet Akim, kündigte an, dass die Arbeit bei der Installierung der seit

<sup>3</sup> The Turkish Republic of Northern Cyprus (TRNC) is only recognised by the Republic of Turkey. While for Turkey and the Turkish Cypriots, Mustafa Akinci serves as President of the TRNC, the international community considers him the communal leader of the Turkish Cypriots. As the government of the Republic of Cyprus remains internationally recognised as the government of the whole of the island, the entire island is now considered to be a member of the European Union. However, the *acquis communautaire* is suspended in northern Cyprus pending a political settlement to the Cyprus problem (see Protocol no. 10 of the Accession Treaty).

langem geplanten Emissionsfilter im Kraftwerk Teknecik fortgeführt werde. Die Arbeiten würden jedoch aller Wahrscheinlichkeit nicht vor 2016 beendet sein. Außerdem wolle man die Qualität des zur Stromherstellung verwendeten Brennstoffes verbessern.

### **Außenpolitik**

Der türkisch-zypriotische Präsident Mustafa Akinci empfing die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini. In einer kurzen Bekanntmachung nach dem Treffen, sagte der Präsident, dass die neuesten Entwicklungen in der Zypernfrage besprochen wurden. Mogherine bestätigte die anhaltende Unterstützung des Verhandlungsprozesses durch die EU.

Zum ersten Mal steht mit Emine Colak eine türkisch-zypriotische Frau an der Spitze des Außenministeriums. Colak wurde 1958 in Nikosia geboren und schloss ihr Jurastudium 1979 an der University of London (SOAS) ab. Zwischen 1994 und 2002 war sie Stadträtin in Nikosia. Von 2003 bis 2004 war Colak Koordinatorin des juristischen Ausschusses bei der Vorbereitung des Annan-Planes. Außerdem war sie Vorsitzende der türkisch-zypriotischen Menschenrechtsorganisation.

In einem kürzlich veröffentlichten Interview sagte Colak, dass die politische Führung auf beiden Seiten eine positive Haltung bezüglich einer Lösung des Zypernproblems habe. Colak hoffe, dass eine Lösung, wenn nicht 2015, so doch 2016 wahrscheinlich sei. Sie selber habe

seit ihrem Amtsantritt erlebt, wie schnell der Verhandlungsprozess voranschreite und wie groß die erzielten Fortschritte seien, sodass die Möglichkeit einer Lösung greifbar sei, obwohl die letzten 50 Jahren durch Enttäuschungen und gescheiterte Hoffnungen gekennzeichnet seien.

Eine Abordnung der Sozialdemokratischen Partei (TDP) unter der Führung ihres Vorsitzenden Cemal Ozyigit nahm auf Einladung des Generalsekretärs der Sozialistischen Internationalen, Luis Ayala, an dem Treffen der Sozialistischen Internationalen (SI) teil, welches im UN-Hauptquartier in New York vom 6. bis zum 7. Juli stattfand. Während des Treffens hatte Ozyigit die Möglichkeit, Delegierte verschiedener Länder kennenzulernen. Obwohl es laut Ozyigit einen allgemeinen Konsensus gebe, sei die Mitgliedschaft seiner Partei in der SI mangels Beschlussfähigkeit nicht ratifiziert worden. Der Antrag auf Mitgliedschaft der TDP werde jedoch auf der Tagesordnung des nächsten Treffens stehen.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### August

**Donnerstag 13.-24.08.2015**

IKME / FES

Workshop

**Deutsch-Zyprisches Jugendaustauschprogramm**

Nikosia & Lapta, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



### September

**Montag 28. und Dienstag 29.09.2015**

PRIO / FES

Konferenz und Workshop

**International Basic Practices in Combating  
Human Trafficking**

Nikosia UN Buffer Zone, Zypern

Montag: Konferenz, öffentliche Veranstaltung

Dienstag: Workshop, nichtöffentliche  
Veranstaltung



### Impressum:

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)

Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

### Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

### Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

### Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter  
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie  
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fesppaparoditi@gmail.com](mailto:fesppaparoditi@gmail.com)